

neue caritas

CBP - Info

CBP
 Caritas Behindertenhilfe
 und Psychiatrie e.V.

Erste Einrichtung nach
 PPQ zertifiziert

Nicht sparen bei ver-
 bandlicher Lobbyarbeit
 SMP-Marktbarometer



Auch in der
 Behindertenhilfe
 spielt die Kosten- und
 Umsatzrechnung
 eine wichtige Rolle.

LIEBE MITGLIEDER,

in der nächsten Ausgabe des CBP-Infos wird Sie an dieser Stelle der neue Vorsitzende begrüßen, den Sie in unserer Mitgliederversammlung am 16. November 2011 wählen werden.

Mir ist es ein Anliegen, mich von Ihnen zu verabschieden und Ihnen für Ihre persönliche Zukunft wie für die Zukunft Ihrer Einrichtungen und Dienste von Herzen alles Gute zu wünschen und Gottes Segen für all Ihre Vorhaben.

In den zurückliegenden zehn gemeinsamen Jahren war häufig vom „Paradigmenwechsel“ die Rede. Und in der Tat gab es große Veränderungen in unserer Gesellschaft und daraus folgend im Verständnis von Behindertenhilfe und Psychiatrie. Die

Individualisierung der Lebensentwürfe ist selbstverständlich geworden. Sie ist verbunden mit einer großen Chance zur Entwicklung jedes einzelnen Menschen und mit einer großen Freiheit, den je eigenen Beitrag zu unserer Gesellschaft erbringen zu können und dafür Anerkennung zu erfahren. Es wird eine Herausforderung der kommenden Jahre sein, aus der Individualität des Einzelnen zugleich die Ressourcen für die unverzichtbare Solidarität zu schöpfen und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken.

Mit großer Dankbarkeit blicke ich zurück auf das gemeinsame Gestalten der Veränderungen, das uns im Verband möglich war: →

- auf die engagierten Auseinandersetzungen im Vorstand, die immer wieder zu tragfähigen Lösungen im Spannungsfeld von Vorantreiben, Entwickeln und Bewahren führten,
- auf die fundierte Facharbeit unserer Gremien, die einerseits die Arbeit im Vorstand unterstützten und andererseits für Sie, die Mitglieder, die Themen in Papieren und Fachtagungen zur breiten verbandlichen Diskussion stellten und die so wichtigen Gelegenheiten für den Austausch untereinander boten,
- auf die effiziente Arbeit unserer Geschäftsstelle, die den hohen Anforderungen trotz personeller Wechsel standgehalten und für das Funktionieren des Verbandes die nötige Infrastruktur geboten hat,
- auf die unterstützende und herausfordernde Zusammenarbeit mit dem Referat Altenhilfe, Behindertenhilfe und Gesundheitsförderung des Deutschen Caritasverbandes,
- auf die vielen Gespräche mit Ihnen bei Mitgliederversammlungen, Tagungen, festlichen Anlässen mit Anregungen, Vorschlägen, Zuspruch und Kritik.

Gemeinsam haben wir die Dezentralisierung von Einrichtungen vorangetrieben, so dass das hohe fachliche Niveau der Großeinrichtungen in den kleinen Einheiten in der Gemeinde weiter zum Tragen kommt. Die Ambulantisierung von Dienstleistungen des Wohnens hat nach anfänglicher Skepsis zur Realisierung von personenzentrierten, teilhabeorientierten Hilfen für Bürger(innen) mit Behinderung in der Gemeinde geführt. Außenarbeitsplätze der Werkstätten schaffen mehr Durchlässigkeit auf dem Weg in ein Arbeitsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

Während einigen Mitgliedern die Entwicklung zu zögerlich vorangetrieben erscheint, erwarten andere mehr Würdigung und Bestand des bisher Erreichten. Der fachliche Diskurs im CBP gibt allen engagierten Mitgliedern jeder Couleur die Möglichkeit wertschätzenden fachlichen Austauschs, um den Mut und die Sicherheit für die je eigene Entwicklung zu gewinnen. Bleiben Sie dabei!

Vieles ist nun im Fluss. Derzeit wird im Bundesministerium für Arbeit und Soziales geklärt, ob die Konversion des Systems der Eingliederungshilfe in individuelle, personenzentrierte Hilfen kostenneutral möglich ist. Danach erwarten wir den ersten Aufschlag eines Gesetzentwurfes. Ein Vorschlag des Forums behinderter Jurist(inn)en liegt bereits vor. Der CBP-Vorstand hat in intensiven Diskursen in diesem Jahr Eckpunkte erarbeitet, an denen er diese Gesetzentwürfe messen wird.

Die Herausforderung ist groß – für alle Beteiligten! Der CBP wird Sie in den anstehenden Prozessen bestmöglich begleiten. Schlagen Sie dafür Mitarbeitende für die Gremien vor, deren Vorsitzende Sie in der Mitgliederversammlung wählen werden. Schenken Sie dem neuen Vorsitzenden, der bereit ist, dieses verantwortungsvolle und arbeitsintensive Amt mit dem Ziel guter Ergebnisse für alle Beteiligten zu führen, Ihr Vertrauen und dem gesamten Vorstand Ihre Unterstützung!

Ich bin zuversichtlich, der CBP wird weiterhin erfolgreich arbeiten für die Interessen der Mitgliedereinrichtungen und -dienste, die mit ihrer Organisation die unverzichtbare Basis dafür schaffen, dass ihre Mitarbeitenden die Menschen mit Behinderung bei ihrer Teilhabe am Leben in der Gesellschaft begleiten und bedarfsgerecht unterstützen können.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Elisabeth Kludas



Dr. Elisabeth Kludas

Vorsitzende des CBP
Kontakt: dr.kludas.cbp@t-online.de

Danksagung

Wir danken allen Gremienmitgliedern sehr herzlich für ihr ehrenamtliches Engagement in der nun endenden Amtsperiode im CBP. Mit den besten Wünschen möchten wir uns von denjenigen verabschieden, die aus privaten oder beruflichen Gründen in der kommenden Amtsperiode den CBP-Gremien nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Manfred Backs • Uta Baer • Heike Becker • Gitta Bernshausen • Franz-Josef Berntzen • Christoph Breuer • August Busch • Francis Dietrich • Dr. Wolfgang Erfeld • Andrea Fesser • Peter Flügge • Maria Jäger • Annegret Kastorp • Rainer Kern • Michaela Kopp • Heinz Kruse • Beate-Maria Leonhard • Stefan Leser • Alfred Ludwig • Gabriele Luven • Matthias Mader •

Manfred Mergl • Guido Moelders • Gerald Nolte • Evelin Petelski • Birgitta Pfeil • Wolfgang Pingel • Norbert Rapp • Irene Reddmann • Bernd Sackarendt • Johannes Schmitz • Christa Seeboth • Andreas Slawik • Dr. Caspar Söling • Michael Stefan • Alfred Storck • Andreas Tautz • Margarete Tepper • Erik Thouet • Sylvia Unsel • Udo Werner

Wir wünschen Ihnen von Herzen alles Gute und Gottes Segen! Mit freundlichen Grüßen im Namen des CBP-Vorstandes

Elisabeth Kludas

Dr. Elisabeth Kludas

Thorsten Hinz

Dr. Thorsten Hinz

Sozialpolitik/-recht

► Begleitung Sterbender auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe

Ziel der ambulanten Hospizarbeit ist es, die Lebensqualität sterbender Menschen zu verbessern. Im Vordergrund der ambulanten Hospizarbeit steht die Begleitung mit dem Ziel, sterbenden Menschen ein möglichst würdevolles und selbstbestimmtes Leben bis zum Ende zu ermöglichen sowie die Familie in diesem Prozess zu begleiten, zu entlasten und zu unterstützen.

Nach der Regelung des § 39a Abs. 2 Satz 1 SGB V haben die Krankenkassen die Aufgabe, ambulante Hospizdienste zu fördern, die für Versicherte, die keiner Krankenhausbehandlung und keiner stationären oder teilstationären Versorgung in einem Hospiz bedürfen, qualifizierte ehrenamtliche Sterbebegleitung erbringen. Die Begleitung kann in deren Haushalt, in der Familie, in stationären Pflegeeinrichtungen sowie in Einrichtungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen oder der Kinder- und Jugendhilfe stattfinden. Details zu den Voraussetzungen der Förderung sowie zu Inhalt, Qualität und Umfang der ambulanten Hospizarbeit hat der GKV-Spitzenverband mit den Interessen ambulanter Hospizdienste wahrnehmenden Spitzenorganisationen in der Rahmenvereinbarung vom 14. April 2010 festgelegt.

Thomas Hiemenz

Kontakt: thomas.hiemenz@caritas.de

► Schwerbehinderte haben im DB-Nahverkehr unbegrenzt freie Fahrt

Die Deutsche Bahn bietet seit September 2011 einen neuen Service für Menschen mit Behinderung an: Freifahrtberechtigte schwerbehinderte Menschen im Nahverkehr der Deutschen Bahn benötigen keine Tickets mehr. Bisher konnten die etwa 1,4 Millionen Menschen mit beispielsweise Seh- oder Gehbehinderungen nur in Nahverkehrszügen in einem Radius von 50 Kilometern um den Wohnort kostenlos fahren.

Weiterhin müssen der grün-rote Schwerbehindertenausweis und ein Beiblatt mit Wertmarke (Kosten: fünf Euro im Monat, für Grundsicherungsempfänger und Blinde kostenlos) mitgeführt werden. Aber sie reichen als Fahrausweis deutschlandweit im Nahverkehr aus.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beabsichtigt, die Situation, die durch diese unternehmerische Entscheidung seit dem 1. September 2011 hergestellt wurde, gesetzgeberisch nachzuvollziehen. Das bedeutet konkret eine Streichung der 50-Kilometer-Beschränkung in § 147 Abs. 1 Nr. 5 SGB IX. Diese Regelung soll am 1. Januar 2012 in Kraft treten.

www.bmas.de, „Themen“, „Teilhabe behinderter Menschen“ ct

Aus dem Verband

► Gegen das Vergessen: aus der Geschichte lernen

Euthanasiegedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 2. und 3. September 2011 in Berlin

Seit der Einführung des Gedenktages der Euthanasieopfer der Nationalsozialisten vor fünf Jahren ist der Fachbeirat Psychiatrie im CBP Mitveranstalter und Mitorganisator gemeinsam mit den anderen Psychiatrie-Bundesverbänden sowie der bundesweiten Organisation der Psychiatrie-Erfahrenen. Ziel und Aufgabe des jährlich stattfindenden Gedenktages besteht in erster Linie in Folgendem: Die Ideologie der Nationalsozialisten mit der „Vernichtung unwerten Lebens“ war ein wesentlicher Strang eines konsequent zu Ende geführten medizinischen Modells – die Trennung der sogenannten heilbaren von den unheilbar kranken Menschen, die Unterscheidung von integrierbaren und im Sinne des ökonomisch-politischen Systems verwertbaren und nützlichen Menschen von vermeintlich unnützen, nichts zum „gesellschaftlichen Reichtum“ mehr beitragenden Menschen. Von der Verwaltung der sogenannten Unheilbaren in den Anstalten fernab vom gesellschaftlichen Leben bis zu ihrer Vernichtung bedurfte es nur noch eines – wenn auch folgenreichen und furchtbaren – Schrittes.

Die Verbände, die den Gedenktag und das Begleitprogramm veranstalten, verbindet ein gemeinsames Ziel: Im Rückblick soll der untrennbare Zusammenhang von wissenschaftlichen Sichtweisen und Paradigmen, gesellschaftlicher Entwicklung und Verhältnissen sowie kollektiven wie individuellen Werten, Normen und Haltungen in der Bevölkerung dargestellt und vermittelt werden. Dieser Zusammenhang muss für die Gegenwart in der kollektiven Erinnerung wachbleiben.

Erinnern heißt auch, Differenzen wie Analogien der damaligen Geschehnisse und der aktuellen Entwicklung aufzuzeigen und zu bearbeiten. Wenn es ein Vermächtnis aus der jüngsten deutschen Geschichte gibt, dann geht es nicht vorrangig darum, den moralischen Zeigefinger zu heben, sondern fundiert und „vernünftig“ auf die Zusammenhänge von Entwicklungen in der Vergangenheit und in der Gegenwart einzugehen. Die sich daraus ergebenden ethischen, gesellschaftlichen, kulturellen und fachlichen Fragestellungen müssen kontinuierlich auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Das Symposium der diesjährigen Veranstaltung war mit etwa 150 Teilnehmer(inne)n sehr gut besucht, unverändert erschütternd und informationsreich waren die Beiträge. Hans-Jochen Vogel, ehemaliger Vorsitzender der SPD und Ehrenvorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“, beispielsweise setzte sich beeindruckend und authentisch mit der Bedeutung des Erinnerns für die heutige Gesellschaft auseinander. →

Die Veranstaltung wurde am Samstagvormittag in der Berliner Charité zum Thema „Zwangssterilisation in Berlin“ fortgesetzt, mit anschließendem Rundgang durch das Klinikum. Nachmittags fand die eigentliche Gedenkstunde an der Mahnplatte hinter der Philharmonie in der Tiergartenstraße 4 (daher der Name „T-4-Programm“ der Nationalsozialisten) statt. Etwa 130 Menschen nahmen daran teil – etwa so viele wie im letzten Jahr.

Besonders beeindruckend war der Auftritt einer Schülergruppe eines Berliner Gymnasiums aus Reinickendorf. Diese Gruppe versucht mit wechselnder Zusammensetzung seit 2001 mit viel Engagement und hoher Bereitschaft die Rolle und die Beteiligung der Carl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Reinickendorf an der Ermordung psychisch kranker Menschen und behinderter Kinder und Jugendlicher aufzuarbeiten – zu Beginn leider auch gegen viel Widerstand seitens der Behörden.

Die Fachverbände der Psychiatrie werden den Gedenktag auch im nächsten Jahr in ähnlicher Weise mit einem spezifischen Thema veranstalten. Unmittelbar vor der Veranstaltung in Berlin tagte der Fachbeirat Psychiatrie, so dass die Mitglieder nach der Sitzung an den Veranstaltungen des Gedenktags teilnehmen konnten. Wünschenswert wäre eine größere Beteiligung von Mitgliedern des CBP an diesem Gedenktag. Dr. Klaus Obert

Vorsitzender des Fachbeirates Psychiatrie im CBP
Kontakt: k.obert@caritas-stuttgart.de

► **Fachbeirat Sinnesbehinderung veröffentlicht Mitgliederverzeichnis**

Der Fachbeirat „Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung“ hat ein Mitgliederverzeichnis der Einrichtungen, Dienste und Angebote für diesen Personenkreis erstellt. Neben Kontaktdaten werden wesentliche Informationen zu Angeboten und Inhalten des jeweiligen Dienstes gegeben, so dass Suchende schnell mögliche Ansprechpartner zum Beispiel in ihrer Nähe oder zu einem speziellen Thema finden können. Ziel des Verzeichnisses ist neben größerer Transparenz eine mögliche bessere Vernetzung.

Impressum neue caritas CBP – Info

POLITIK PRAXIS FORSCHUNG

Redaktion: Dr. Thorsten Hinz (hi) (verantwortlich), Corinna Tröndle (ct), Dr. Franz Fink (ff), Manuela Blum,
Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel. 07 61/200-301, Fax: 07 61/200-666

CBP-Redaktionssekretariat:
Simone Andris, Tel. 07 61/200-301, Fax: 200-666, E-Mail: cbp@caritas.de

Vertrieb: Rupert Weber
Tel. 07 61/200-420, Fax: 200-509, E-Mail: rupert.weber@caritas.de

Titelfoto: CWW Paderborn, Ute Dohmann-Bannenberg

Nachdruck und elektronische Verwendung nur mit schriftlicher Genehmigung.

Herausgegeben vom CBP e.V. in Freiburg

Wohn-, Betreuungs-, Beratungs- und Beschäftigungsangebote sind hier zielgruppengenau erfasst. Außerdem können Projekte wie beispielsweise Angebote für Senior(inn)en oder zu spezieller Kommunikationsberatung gefunden werden.

Das Verzeichnis steht im Carinet, Bereich CBP, „Sinnesbehinderung“. Hier finden sich auch weitere nützliche und aktuelle Artikel zum Thema.

Mitgliedseinrichtungen mit Angeboten für Menschen mit Sinnesbehinderungen werden gebeten, sich an der Fortschreibung des Verzeichnisses zu beteiligen (auch Einrichtungen mit eingestreuten Plätzen). Das Formular zur Erfassung erhalten Sie in der Geschäftsstelle des CBP bei Zorica Bozic (zorica.bozic@caritas.de).

Kathrin Bäumer

Ambulante Dienste für Menschen mit Behinderung

Caritasverband Emsdetten-Greven e.V.

Kontakt: baeumer@caritas-emsdetten-greven.de

► **Erste PPQ-Zertifizierung bundesweit**

Die Bergische Diakonie Aprath mit Sitz im Kreis Mettmann ist bundesweit als erster Träger ambulanter und stationärer Hilfen für Menschen mit psychischen und/oder Suchterkrankungen mit einem Zertifikat nach ProPsychiatrieQualität (PPQ) ausgezeichnet worden. Vom 5. bis 7. Juli 2011 veranstaltete die Zertifizierungsgesellschaft proCum Cert (pCC), Frankfurt am Main, das der Zertifizierung zugrundeliegende Systemaudit im Sozialtherapeutischen Verbund der Bergischen Diakonie Aprath. Günter Schäfer-Bach, Leiter des Qualitätsmanagements der Bergischen Diakonie Aprath, legte die geforderten Nachweise zur systematischen Untersuchung vor, die überwiegend in Anwesenheit von Klient(inn)en, Mitarbeitenden und Angehörigen geprüft wurden. Im Laufe der Systembegutachtung fanden darüber hinaus zahlreiche Interviews mit leitenden Mitarbeitenden, Mitarbeitenden-Teams, Klient(inn)en und Angehörigen statt, in denen die Wirksamkeit des Qualitätsmanagement-Systems im praktischen Alltag authentisch widergespiegelt wurde.

Das Qualitätsverständnis von PPQ entspricht der nach der Psychiatrie-Enquete entwickelten Behandlungs- und Betreuungsphilosophie des Trägers und stellt heute den zentralen Bestandteil der Qualitätspolitik und des Qualitätsmanagements dar. Leitende Mitarbeiter(innen) hatten sich auf Verbandsebene bundesweit für die Installation eines QM-Verfahrens für außerklinische psychiatrische Dienstleistungen eingesetzt und beteiligten sich an der Entwicklung von PPQ I.

Im Jahr 2000 wurden die ersten Mitarbeitenden bei der Gesellschaft für Fortbildung und Organisationsentwicklung sozialer Dienste (firmiert inzwischen unter Bundesakademie für Kirche und Diakonie) fortgebildet. Die Mitarbeit im Projekt PPQ II, in der Regionalgruppe Köln, war daher folgerichtig der

nächste Schritt. Es galt, PPQ-Prozess-Standards zu erarbeiten, die sowohl Ausdruck des Qualitätsverständnisses von PPQ sind als auch ein Instrumentarium darstellen, mit dem die Qualitätsentwicklung dokumentiert, bewertet, kommuniziert und auch extern überprüft werden kann.

Schon während der Beteiligung an diesem Projekt wurde in der Einrichtung die Entwicklung eines Handbuchs gemäß den PPQ-Leitdimensionen und ethischen Leitzielen begonnen, an dessen Erstellung Mitarbeitende und Psychiatrie-Erfahrene von Anfang an maßgeblich beteiligt waren. Angehörige, Freunde und andere, zum Beispiel gesetzliche Betreuer(innen), wurden unter anderem an den regelhaft stattfindenden internen multidisziplinären Betreuungsplanungsgesprächen – in Absprache mit den Klient(inn)en – beteiligt. Auch die Mitarbeit in den Modellprojekten der Aktion Psychisch Kranke (APK) im Kreis Mettmann und in Wuppertal zur Installation Gemeindepsychiatrischer Verbände (GPV) erwies sich als ein wichtiger Faktor für die Erfüllung der PPQ-Anforderungen hinsichtlich der Gemeinwesenorientierung.

Die Zertifizierung nach PPQ beziehungsweise im Tandem mit DIN EN ISO 9001 (2008) ist für alle interessierten Einrichtungen und Dienste des Sozial- und Gesundheitswesens möglich.

Nähere Informationen zum gemeinsamen Projekt der Bundesfachverbände BeB und CBP erhalten Sie unter: www.ppq.info

► Bei verbandlicher Lobbyarbeit darf nicht gespart werden

Wir stehen in einer Zeit, in der die Finanzkrise viele Unternehmen ins Wanken gebracht hat. Auch wenn die Steuereinnahmen wider Erwarten schneller und stärker steigen als zunächst vorhergesagt, so werden die leeren Kassen der öffentlichen Hand auch die Sozialunternehmen vor große Herausforderungen stellen. Hier ist Lobbyarbeit gefragt, wie auch gerade eine klare Aussage und Positionierung in der Wirtschafts- und Nationalökonomie. Die Ressourcen für Lobbyarbeit sind auch beim CBP begrenzt. Ein Sparen an der falschen Stelle kann hier allerdings langfristig eher schaden. Ein Sozialunternehmen braucht einen Verband, der die Mitglieder als wirtschaftlich agierende Akteure unterstützt. Diese Notwendigkeit sei exemplarisch durch folgende Beispiele unterstrichen:

1. Vertretung der Unternehmen gegenüber der Politik/Lobbyarbeit

Jeder Unternehmensverband wird bei sich anbahnenden politischen Entscheidungen prüfen, inwieweit seine Mitglieder belastet werden. Solche Belastungen können rein finanzieller Art sein oder zum Beispiel aus Mehraufwand bei der Abwicklung bürokratischer Vorgänge bestehen. Hier ist eine intensive Vertretung durch den Verband wichtig, da die angesprochenen Belastungen

alle Mitglieder treffen und es ökonomisch sinnvoll ist, sie einheitlich zu vertreten.

2. Professionelle Erarbeitung von Studien und Gutachten

Die Veränderungen für die Unternehmen im CBP haben in den letzten Jahren gezeigt, dass es immer wieder Themen gibt, bei denen eine professionelle Aufarbeitung als Vorbereitung der internen Diskussion sinnvoll ist. Die ehrenamtliche Struktur des Verbandes setzt dem immer wieder Grenzen. Es wird auch zukünftig immer wieder Themen geben, bei denen eine professionelle externe Unterstützung notwendig ist. Dafür müssen Mittel im Verband bereitstehen.

3. Vertretung bei grundsätzlichen Fragen

Immer wieder gibt es Rechtsfragen, die alle Mitglieder betreffen. Hier müsste ein abgestimmtes Vorgehen durch die Verbandsspitze und gemeinsam mit den spitzenverbandlichen Ebenen ressourcenschonende Bearbeitungen durchsetzen. Um ein Beispiel zu nennen: Gemäß einem Urteil des Bundesfinanzhofs ist die Anwendung der 20-Prozent-Grenze bei Regiebetrieben im Rahmen der Zweckbetriebstätigkeit im Sinne des § 68 Abs. 2b AO (Gemeinnützigkeit) deutlich in Frage gestellt worden. Hier wäre vorstellbar, dass der Verband in Zusammenarbeit mit einem Mitglied (Einrichtung oder Träger) eine Musterklage vollzieht, um Klarheit und Rechtssicherheit bei einem wichtigen Thema zu erreichen.

4. Vertretung gegenüber Kostenträgern

Auch gegenüber den Spitzenvertretungen der Kostenträgerseite – hier zum Beispiel den überörtlichen Sozialhilfevertretungen (BAGüS) – ist es wichtig, für den Verband einheitliche Positionen zu vertreten, auch wenn es regional und von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Vereinbarungen gibt.

Einige Unternehmen respektive CBP-Mitglieder aus dem Bereich der Berufsbildungswerke mussten beispielsweise die Erfahrung machen, dass kritisches Verhalten der Träger mit einer „Steuerung“ der Belegung (geringere Zuweisungen) „bestraft“ wird. Hier könnte ein Verband einfacher eine Position beziehen, ohne dass er solchen Sanktionen ausgesetzt wäre.

5. Hilfestellung/Beratung für „kleinere“ Unternehmen

Es war immer Aufgabe des Verbandes, insbesondere kleinere Sozialunternehmen bei zum Beispiel wirtschaftlichen Fragen zu unterstützen. Die ehrenamtlichen Gremien haben dabei immer wieder versucht, Hilfestellungen zu geben, da diese Unternehmen finanziell und personell oft nicht in der Lage sind, sich allein auf Veränderungen vorzubereiten (wie jetzt zum Beispiel Änderung des Finanzierungssystems). Eine solche Unterstützung muss allerdings in einer Qualität erfolgen, die im Vergleich zu anderen Angeboten (Wirtschaftsprüfer oder sonstige Seminarangebote) gleichwertig ist. Dazu sind Finanzmittel erforderlich. →

6. Innere Struktur des Verbandes

Die Organisationsstruktur eines Verbandes muss aufgrund der oben gemachten Anforderungen angepasst werden. Es braucht mehr Professionalität auf allen Ebenen. Die ehrenamtlichen Strukturen sind dabei zu entlasten, ohne aus der Verantwortung genommen zu werden. Zum Austausch und für die interne Vernetzung braucht es gute Veranstaltungen und Foren. Spannende Tagungen mit qualitativ guten und interessanten Referent(inn)en werden auch die entsprechende Resonanz bei den Mitgliedern finden. Der hauptamtlichen Geschäftsstelle des Verbandes muss bei der Koordinierung und Zuteilung der relevanten Anforderungen eine Schlüsselstellung zukommen. Sie überwacht eine gezielte Mittelverwendung, die auch Ressourcen generiert, die für die zuvor genannten Punkte zur zielgerechten Unternehmensvertretung, Positionierung und Unterstützung der Mitglieder eingesetzt werden können. Die wertorientierte und nachhaltige Unternehmensführung bedarf der stetigen Unterstützung aller Mitglieder. Ein Bewusstsein dafür ist bei fast allen Mitgliedsunternehmen des CBP deutlich verankert.

In Zeiten der Finanzkrisen und Verteilung öffentlicher Mittel nach Lobbykriterien ist zumindest derzeit eine andere Schwerpunktarbeit in Verband und Vorstand erforderlich. Eine wirksame Lobbyarbeit gemeinsam mit dem Deutschen Caritasverband (DCV) ist dafür zwingend. Es verbindet sich hier der Unternehmensfachverband mit den Interessenvertretern caritativer Arbeit, den Klientenlobbyisten. Andererseits sind die Interessen von Spitzen- und Unternehmensfachverband nicht immer gleich – auch Unternehmensinteressen und Klienteninteressen können und müssen divergieren. Somit muss gegebenenfalls auch ohne den DCV oder in Abgrenzung zu diesem die Lobbyarbeit für die Mitglieder des CBP betrieben werden.

Im CBP ist die Ausrichtung als Unternehmensfachverband bereits auf einem guten Weg. Weitere Schritte müssen folgen. Der Verband mit seinen Mitgliedern braucht dafür Ressourcen und Foren. Auch Netzwerke wie das Carinet sollten dazu mehr und besser eingesetzt werden.

Hermann Schedding

CBP Fachausschuss Wirtschaft und Finanzen

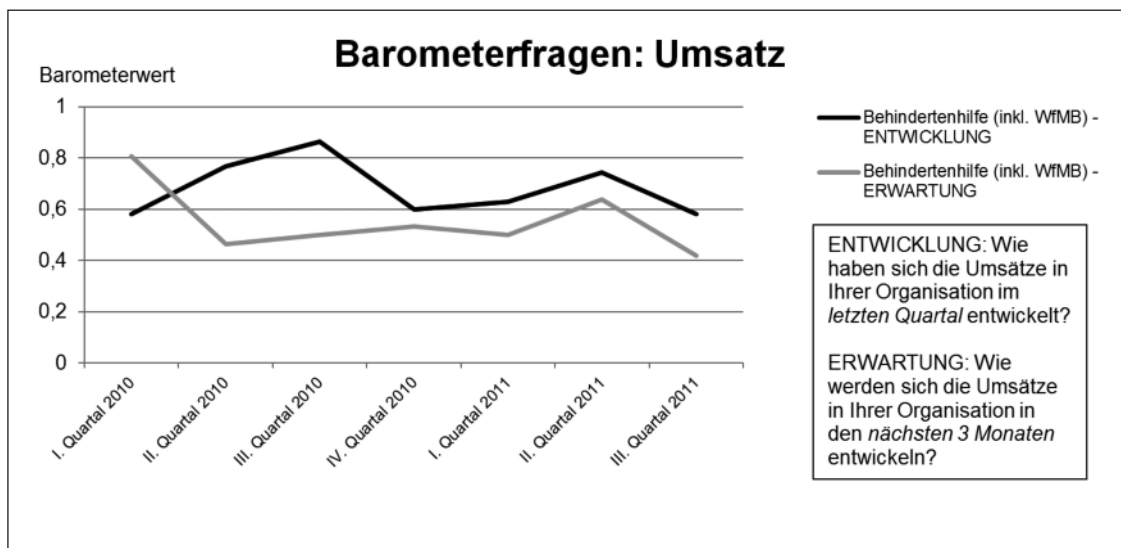
Kontakt: schedding@stift-tilbeck.de

Aktuelle Informationen

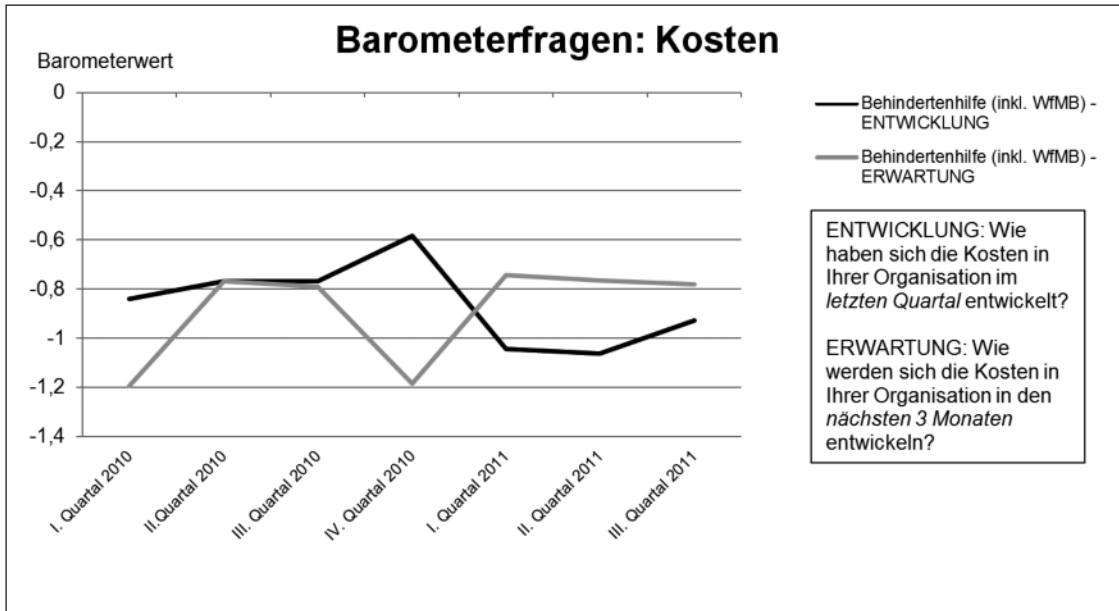
► SMP-Marktbarometer: Behindertenhilfe wieder pessimistischer

Bei den Ergebnissen des Marktbarometers der Kooperation Sozial Management Partner (SMP), zwei Beratungshäusern der Sozialwirtschaft, zeigt sich im Jahresverlauf 2011 ein durchaus konträres Bild. Blickten die teilnehmenden Vertreter der Eingliederungshilfe zunächst mit großer Skepsis auf das Jahr 2011 (vgl. dazu CBP-Info 1/2011), wurde die Stimmung zwischenzeitlich zusehends optimistischer, um nun erneut abzufachen. Diese Entwicklung lässt sich eindrucksvoll an den sogenannten „Barometerfragen“ ablesen. Mit Hilfe dieser Barometerfragen wird seit nunmehr zwei Jahren vierteljährlich die Stimmungslage in der Sozialwirtschaft abgebildet. Die Befragten bewerten dabei die Entwicklung der Umsätze und Kosten für das abgelaufene beziehungsweise die entsprechende Erwartung für das kommende Quartal auf einer Skala von +2 (positivste Bewertung) bis -2 (negativste Bewertung). Der daraus resultierende Barometerwert ist der Mittelwert aller Antworten.

Der Barometerwert aus der Behindertenhilfe verändert sich im Jahresverlauf 2011 signifikant:



Quelle: Rosenbaum Nagy



Quelle: Rosenbaum Nagy

Besonders bemerkenswert ist vor allem die Entwicklung der Umsatzerwartung (siehe Abb. Umsatz). Nach den trüben Ausichten auf 2011 kommt es im zweiten Quartal zu einem wahren „Stimmungssprung“. Entgegen der eher zurückhaltenden Erwartung (+0,50) steigt der Umsatz viel deutlicher (+0,74), der Barometerwert steigt um 0,24 Punkte. Damit nimmt die Behindertenhilfe wieder ihre im Vergleich zum Branchenschnitt deutlich optimistischere Position ein, die sie bereits zuvor über weite Strecken innehatte. Damit scheint jedoch gleichzeitig wieder der Höhepunkt erreicht. Der Barometerwert sinkt und sinkt. Dieser Negativtrend gipfelt im Ausblick auf das letzte Quartal 2011: Die Befragten erwarten lediglich noch ein Umsatzwachstum mit einem Barometerwert von 0,42. Zwar darf man nicht vergessen, dass alle Beteiligten weiterhin mit steigenden Umsätzen und nicht mit einem Umsatzeinbruch rechnen. Das erwartete Umsatzwachstum fällt jedoch wieder unter den Branchenschnitt (0,49).

Weniger klar zeigt sich das Bild bei der Kostenentwicklung (siehe Abb. Kosten): Nach einer sehr pessimistischen Einschätzung zum ersten Quartal 2011 veränderten sich die befürchteten Kostensteigerungen zuletzt weniger dramatisch als angenommen. Signifikant ist dabei, dass bei den letzten beiden Durchgängen die Kostensteigerungen jeweils höher ausgefallen sind als erwartet. Auch hier nähert sich die Behindertenhilfe deutlich der Gesamtbranche an. Die Parallelität von erwarteten Umsatz- und Kostensteigerungen ist übrigens durchaus kein Widerspruch, da ein Mehr an Umsatz zumeist auch mit einem höheren Personal- und Materialeinsatz verbunden ist. Eine pessimistischere Einschätzung zur Umsatzentwicklung kann demnach geringere Kostensteigerungen mit sich bringen.

Interessante Erkenntnisse förderten auch die sogenannten „Quartalsfragen“ in den bisherigen Befragungsrunden 2011 zutage. Dabei gaben die Teilnehmer(innen) jeweils ihre Einschätzung zu aktuellen gesellschaftlichen oder politischen Themen.

Thema im ersten Quartal 2011 war zunächst die Personalsteuerung. Hier zeigte sich, dass für die meisten der 208 beteiligten Einrichtungen ein Stellenplan, der zumindest bei Bedarf an die Umsatz-/Ergebnisentwicklung angepasst wird, zentrales Steuerungsinstrument ist (über 40 Prozent der Antworten). Immerhin jede sechste Antwort entfiel auf das Instrument einer zeitnahen und situationsabhängigen Personalsteuerung – vor dem Hintergrund der zunehmenden Steuerungsintensität in vielen Bereichen der Sozialwirtschaft ein noch recht geringer Wert. Als wichtigste Informationsquelle zur Personalsteuerung wurden übrigens finanzwirtschaftliche Daten und Leistungskennzahlen genannt.

Im zweiten Quartal ging es dann um das Outsourcing von Leistungen. Dabei gaben fast 90 Prozent der insgesamt 188 Befragten an, bereits Bereiche ausgelagert zu haben, dies in näherer Zukunft zu planen oder sich dies grundsätzlich vorstellen zu können. Lediglich 22 Teilnehmende schlossen das Thema für sich aus. Eindeutiges Hauptmotiv ist dabei der Kosteneinsparungseffekt. Mit weitem Abstand von knapp 24 Prozent der Antworten war die Reinigung der Bereich, der am häufigsten von Outsourcing betroffen ist. Es folgten Wäscherei, Speiserversorgung, Hausmeisterdienste und Personalabrechnung. Kaum betroffen waren Controlling, Einkauf und Forderungsmanagement, also eher administrative Bereiche. →

Wenn die Unternehmen Betriebsteile ausgelagert hatten, dann hatte fast jedes zweite dies komplett an einen privaten Anbieter fremdvergeben. Eine Vergabe an andere soziale Träger oder Joint Ventures spielten dagegen eine untergeordnete Rolle. Zum Abschluss wurden die Teilnehmenden nach ihren Erfahrungen beim Insourcing gefragt. Für knapp die Hälfte der Befragten war Insourcing vormals fremdvergebener Bereiche jetzt und in Zukunft kein Thema. Immerhin ein knappes Drittel konnte sich ein Insourcing aber durchaus vorstellen. Fast jeder sechste hatte bereits vormals ausgelagerte Betriebsteile wieder ins Unternehmen integriert.

In der aktuellen Runde wurde dann der Wegfall des Zivildienstes thematisiert. Hier zeigte sich eindeutig, dass die meisten Träger sich frühzeitig um eine entsprechende Gegenstrategie gekümmert hatten. Jeweils ein knappes Drittel haben damit bereits im dritten Quartal 2010 beziehungsweise zum Jahreswechsel 2010/2011 begonnen, sich auf die Veränderungen einzustellen. Bemerkenswert war, dass für zwölf der 168 Teilnehmenden der Zivildienst bereits einige Monate zuvor ein „Auslaufmodell“ war, das sie veranlasste, sich um Alternativen zu bemühen. Für jene Befragten, die weiterhin Plätze für Freiwillige anbieten, sind BFD (31 Prozent) oder FSJ (29 Prozent der Antworten) das Mittel der Wahl, um den Zivildienst zu ersetzen. Für die anderen sind geringfügig Beschäftigte (22 Prozent) beziehungsweise haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeitende (jeweils neun Prozent der Antworten) ein geeigneter Ersatz. Etwa ein Drittel der Befragten musste aber bestimmte Leistungen einschränken oder umorganisieren. Jeder sechste Träger hat Angebote eingestellt oder an Dritte abgegeben. Besonders betroffen sind davon Betreuungsleistungen und Fahrdienste für Menschen mit Behinderung, Ältere oder Kranke. Weniger gravierend sind die Folgen für haushaltsnahe Dienstleistungen oder Essen auf Rädern. Ihre Werbeaktivitäten haben die meisten Einrichtungen und Dienste zwischen April und Juni 2011 gestartet. Wichtigstes Medium ist das Internet. Überregionale Angebote spielen eine eher untergeordnete Rolle (siehe www.sozialmanagementpartner.de/marktbarometer.html). Carsten Effert

Rosenbaum Nagy Unternehmensberatung, Köln
Kontakt: effert@rosenbaum-nagy.de

► Teilhabe von Menschen mit Behinderung ist zu verbessern

Das Institut für Demoskopie Allensbach untersuchte im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, wie die Bevölkerung die derzeitige Situation und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung sowohl generell als auch in ausgewählten Lebensbereichen bewertet. Die gesellschaftliche Teilhabe wird im Allgemeinen von fast der Hälfte der Befragten (46 Prozent) als weniger oder gar nicht gut bewertet, 36 Prozent dagegen ziehen eine positive Bilanz. Insbesondere bei der Inklusion

Hintergrund: Das SMP-Marktbarometer

Das SMP-Marktbarometer wird seit November 2009 von der Kooperation „SozialManagementPartner“ in Zusammenarbeit mit dem Fachmagazin „Wohlfahrt Intern“ quartalsweise durchgeführt. Durch die regelmäßige Befragung von Top-Führungskräften aus der Sozialwirtschaft sollen systematisch Stimmungen und Trends erhoben werden. Es handelt sich damit um eine Art „Geschäftsklimaindex“ für die Branche. Neben der Bewertung der Entwicklung und ihrer Erwartung von Umsätzen und Kosten pro Quartal geben die Teilnehmer(innen) auch ihre Meinung zu aktuellen gesellschaftlichen oder politischen Themen sowie zu konkreten Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Branche.

Nachdem beim zweiten Durchgang im Februar 2010 die Systematik bei der Erfassung der statistischen Informationen zu den Teilnehmer(innen) leicht verändert wurde, ist es nun möglich, differenzierte Auswertungen nach einzelnen Marktsegmenten vorzunehmen. Allerdings ergeben sich weiterhin gewisse Unschärfen, die bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen:

- Bei den dem Marktsegment „Behindertenhilfe“ zugeordneten Teilnehmer(inne)n ist die Behindertenhilfe das größte Geschäftsfeld (bezogen auf den Umsatz). Unter diesen Organisationen sind also auch solche, die in weiteren Marktsegmenten Umsätze erzielen. Daher ist es möglich, dass Entwicklungen in diesen anderen Marktsegmenten den Ausschlag für die Bewertung der aktuellen und zukünftigen Lage der Organisation gegeben haben.
- Zudem wird innerhalb des Marktsegments „Behindertenhilfe“ nicht nach einzelnen Geschäftsfeldern unterschieden (wie ambulante und stationäre Angebote oder Werkstätten für Menschen mit Behinderung), was zu Unschärfen führt.

Gleichwohl liefern die Auswertungen für die Behindertenhilfe eindeutige Tendenzen, die sich von den Ergebnissen in anderen Marktsegmenten unterscheiden, so dass zumindest punktuell Interpretationen möglich sind.

Bei den 168 Teilnehmenden im September 2011 lag der Anteil der Befragten aus der Behindertenhilfe bei 33 Prozent. Unter den Befragten waren auch zahlreiche Mitglieder des CBP, die einer entsprechenden Einladung der CBP-Geschäftsführung gefolgt sind und sich beteiligt haben. Dafür noch einmal herzlichen Dank! Auch vor der nächsten Befragungsrunde zum Ende des vierten Quartals 2011 werden die CBP-Mitglieder wieder von der Geschäftsstelle angeschrieben und um Beteiligung gebeten.

sion im Bildungsbereich und im Berufs- und Arbeitsleben sieht eine Mehrheit von 51 beziehungsweise 52 Prozent Defizite, nur jeder Vierte schätzt die derzeitige Situation bei der gemeinsamen Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern sowie der Gleichberechtigung am Arbeitsleben als sehr gut oder gut ein.

Als besonders geeignet, die Situation von Menschen mit Behinderung zu verbessern, wird der weitere Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gesehen – bei Verkehrsmitteln, in Kultureinrichtungen sowie in Geschäften und Restaurants. Eine ähnlich hohe Bedeutung messen 68 Prozent der Befragten der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz bei. Weitere Schritte, die am ehesten zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung beitragen können, sind nach Meinung einer Mehrheit der Bevölkerung der gemeinsame Unterricht (52 Prozent), die stärkere Berücksichtigung der Belange von behinderten Menschen bei der Gesetzgebung (52 Prozent) sowie ein stärkeres Engagement der Wohlfahrtsverbände (51 Prozent). Von den Medien erwarten 46 Prozent der Befragten einen Impuls für eine Verbesserung. Dies könnte dadurch geschehen, dass Menschen mit Behinderung in den Medien als „ganz normale Mitglieder der Gesellschaft“ gezeigt würden.

Die Umfrage hat ergeben, dass der Kenntnisstand der Bevölkerung hinsichtlich der UN-Behindertenrechtskonvention sehr gering ist: Nur 14 Prozent haben davon schon einmal gehört.

Den vollständigen Bericht zur Studie „Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland“ finden Sie unter www.ifd-allensbach.de, „Aktuelle Studien“.

► Kunst ist bunt und vielfältig wie die Menschen

In der kleinen Ortsgemeinde Saffig im Kreis Main-Koblenz befindet sich das Kunst-Werkstatt-Atelier der Barmherzigen Brüder. Es wurde im Jahr 2006 eröffnet und bietet seither Menschen mit einer Beeinträchtigung die Möglichkeit, sich künstlerisch auszudrücken. Hier können Ideen mit den verschiedensten Materialien umgesetzt werden. Menschen mit und ohne Behinderung begegnen sich und sind gemeinsam kreativ.

Zusammen mit der Caritas und elf sozialen Einrichtungen aus ganz Deutschland wurde das Kunstprojekt „b.kunst“ ins Leben gerufen, an dem auch das Kunst-Werkstatt-Atelier teilnimmt. „B.kunst“ ist ein Teilhabeprojekt, in dem Menschen mit und ohne Behinderung in Workshops und Veranstaltungen gemeinsam Neues schaffen.

Beim ersten „b.kunst“-Workshop in Saffig drehte sich alles ums Holz. Vier Tage lang arbeiteten die insgesamt 20 Teilnehmer(innen). Unterstützt wurden sie durch Doris Büma, eine Objektkünstlerin aus der Region. Als Grundlage diente der Naturrohstoff Holz. Sich für ein passendes Stück zu entscheiden fiel den Teilnehmer(inne)n jedoch – in Anbetracht des riesigen



Foto: DCV/ Anke Jacob

Carmen Rakemann stellt ihre Kunstwerke in der Galerie Schuster aus.

Berges aus Wurzeln, Ästen und Treibholz – nicht leicht. Mit jedem erdenklichen Werkzeug wurde gesägt, gehämmert und geschraubt. Um die 40 Werke waren in nur vier Tagen entstanden. Einige von ihnen zieren nun den Außenbereich des Ateliers. Eine Teilnehmerin berichtet von ihrer Erfahrung: „Mir hat es sehr gut gefallen. Es war ein Dialog mit und ohne Worte. Denn es gibt nichts, was ohne Sprache ist. Es ging leicht, hat keine Mühe gemacht, es war beherzt, es war Freiheit da und Freude.“ Eine langjährige Künstlerin des Ateliers, Carmen Rakemann, wurde nun ausgewählt, ihre Werke in der international anerkannten Galerie Schuster in Berlin zu zeigen. Wer sich für das Projekt „b.kunst“ oder für die Angebote des Kunst-Werkstatt-Ateliers interessiert, kann sich auf folgenden Internetseiten darüber informieren: www.b-kunst.de und www.bb-saffig.de.

Die zentrale Ausstellung von „b.kunst“ in Berlin, die bis 22. Oktober 2011 stattfand, wandert weiter. Den Katalog zur Ausstellung können Sie beim Lambertus-Verlag unter der ISBN 978-3-7841-2056-0 erwerben. Ab dem 14. November 2011 werden die Werke im Deutschen Caritasverband in Freiburg präsentiert. Ebenso sind die Kunstwerke ab 31. Januar 2012 im Europaparlament in Straßburg ausgestellt.

Melanie Kern

Kontakt: melanie.kern@caritas.de

► Theatralische Gebrauchsanweisung zum Persönlichen Budget

Das Theater Scyorax in Münster ist ein integratives Theater unter professioneller künstlerischer Leitung für Menschen mit Psychiatrie-Erfahrung. Das neue Projekt ist eine „Gebrauchsanweisung“ für das Persönliche Budget. Humorvoll, pfiffig und selbstironisch werden die großen und kleinen Wünsche, die Tücken und tatsächlichen Möglichkeiten des Persönlichen Budgets vorgestellt. →

Dichter Nebel steigt auf und zwei Menschen starren durch ein Fernglas in die Schwaden. Irgendwo dahinten im Niemandsland muss doch was sein – da kommt etwas näher und kriegt Kontur. Das Persönliche Budget taucht auf, zuerst ergreifend und dann übergreifend. „Es könnte das Leben verändern“, heißt es vielversprechend. Doch was bedeutet das genau?

Nach dem halbstündigen Theaterstück werden die wichtigsten grundlegenden Informationen zum Persönlichen Budget vorgetragen. Ein Gespräch mit Budgetnehmer(inne)n sowie eine Diskussion mit dem Publikum schließt sich an. Das Theater Sycorax ist bundesweit unterwegs und kann für einzelne Vorstellungen gebucht werden.

Theater Sycorax Hoppengarten 22, 48147 Münster, Tel. 0251/1621511, E-Mail: mail@theatersycorax.de, www.theatersycorax.de

► **Deutschland wird inklusiv – die Landkarte der inklusiven Beispiele**

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-Behindertenrechtskonvention) ist bereits seit Ende März 2009 in Kraft. Die Praxis zeigt, dass Inklusion möglich ist. Aber häufig erreichen diese Bei-

spiele aus der Praxis nur eine lokale Resonanz und werden nicht über die regionalen Grenzen hinaus bekannt.

Auf der Landkarte der inklusiven Beispiele sind nun die Projekte gebündelt, denn inklusive Beispiele gibt es überall: gemeinsame Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten, Betriebe, in denen Menschen mit und ohne Behinderung ausgebildet werden und arbeiten, barrierefreies Wohnen mitten in der Gesellschaft, aber auch barrierefreie Arztpraxen, Kommuni-ons- oder Konfirmandenunterricht in Gebärdensprache oder Vereine und Theatergruppen, die Menschen mit und ohne Behinderung offenstehen.

Mit dem Beitrag sollen Tipps zur praktischen Umsetzung von Inklusion gegeben werden, die zur Nachahmung anregen und die Arbeit von vielen Verbänden, Institutionen, Organisationen und einzelnen Personen würdigen und unterstützen, die Inklusion bereits leben. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, besucht von 2011 bis 2013 in allen Bundesländern inklusive Projekte, die auf die Landkarte aufgenommen wurden. Später wird er in einer zentralen Veranstaltung alle auf die Landkarte aufgenommen Beispiele mit einer Urkunde auszeichnen. Mehr Informationen gibt es unter: www.behindertenbeauftragter.de

Christiane Bopp

Kontakt: christiane.bopp@caritas.de

CBP-Kalender			
Termine	Wann?	Wo?	Wer?
CBP-Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen und Preisverleihung des Literaturwettbewerbs „Barrieren Überwinden“	16./17.11.2011	Freiburg	Vertreter der Mitgliedseinrichtungen
„MACH MIT!“ – Menschen mit Behinderung in der Gemeinde Fachtagung des Ausschusses Offene Arbeit und Ambulante Dienste	21./22.3.2012	Heiligenstadt	Menschen mit Behinderung, Leiter(innen) sowie leitende Fachkräfte der ambulanten Dienste, offenen Hilfen, Wohnrichtungen und betreuten Wohnformen der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie
Wenn Worte fehlen - Hilfen für hörgeschädigte Menschen mit erschwerten Kommunikationsbedingungen Fachtagung des CBP-Fachbeirats Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung:	17.4.–19.4.2012	Würzburg	Leitungsverantwortliche und Mitarbeiter(innen) in Einrichtungen und Diensten der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie
Fachtagung des CBP-Ausschusses Teilhabe am Arbeitsleben	8.–10.5.2012	Ludwigs-hafen	Trägerverantwortliche, Leiterinnen und Leiter sowie leitende Fachkräfte aus Werkstätten, Tagesförderstätten und Integrationsbetrieben in der Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie
Fachtagung des CBP-Ausschusses Pastoral	19.–21.6.2012	Augsburg	Seelsorgerinnen und Seelsorger, Träger- und Leitungsverantwortliche sowie Mitarbeitende, die sich in den Einrichtungen und Diensten des CBP seelsorglich engagieren
Bitte achten Sie auf die aktuellen Termine und Ausschreibungen auf unserer Homepage www.cbp.caritas.de			

Personen

► **Michael Wollek neuer Vorstand von St. Franziskus, Heiligenbronn**

Foto: Stefan Perrine



Michael Wollek (49), Leiter der Caritas Schwarzwald-Alb-Donau, wird neuer Vorstand der Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn. Wollek wird am 1. März 2012 seine neue Aufgabe als Nachfolger von Norbert Rapp (62) antreten, der die Stiftung St. Franziskus Heiligenbronn seit ihrer Gründung 1991 aufbaute und im April 2012 in den Ruhestand verabschiedet wird. Norbert Rapp hat darüber hinaus wesentlich am Aufbau des CBP mitgewirkt.

Bis 2010 war er stellvertretender CBP-Vorsitzender. Für die Stiftung St. Franziskus arbeiten rund 1700 Mitarbeiter in der Behindertenhilfe, Altenhilfe und Jugendhilfe.

Fort- und Weiterbildung

► **Unternehmen der Behindertenhilfe und Psychiatrie erfolgreich führen**

Der Kurs „Unternehmen der katholischen Behindertenhilfe und Psychiatrie erfolgreich führen“ beginnt mit dem Einführungsworkshop vom 14. bis 16. März 2012 in Freiburg. Führungskräfte, die mit dem strategischen Management betraut sind, erweitern ihr Führungswissen und stärken ihre Führungskompetenzen. Sie setzen sich mit den sozialpolitischen Herausforderungen, den institutionellen Rahmenbedingungen und ihrer eigenen Rolle im Unternehmen auseinander. Der Kurs in sechs Abschnitten wird von der Fortbildungs-Akademie des DCV zusammen mit dem CBP durchgeführt. Kontakt: Simone Holderried, Tel. 0761/200-1705, simone.holderried@caritas.de

► **Weiterbildung in Tiergestützter Therapie in der Heilpädagogik**

Das neu gegründete Weiterbildungsinstitut für Tiergestützte Therapie in der Heilpädagogik in Roßdorf bietet einen 18-monatigen, berufsbegleitenden Kurs an. Die Teilnehmer(innen) lernen, Tiere in verschiedenen therapeutischen Kontexten professionell einzusetzen, um das Erleben und Verhalten von Menschen positiv zu beeinflussen. Das Institut kooperiert mit dem Behindertenzentrum Roßdorf bei Darmstadt, dem Veranstaltungsort dieser Weiterbildung. Weitere Informationen: www.animals-helping-handicapped.de

Literaturtipps

CBP-Spezial 2: Praxishandbuch zur Initiative „Am Leben in der Gemeinde teilhaben“ veröffentlicht

Der Wunsch aller nach einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft und einer partizipativen Reform unseres Gemeinwesens verbindet sich mit der Einsicht, dass es des Aufbaus von Sozialkapital und einer bürgerschaftlich gestärkten Beteiligung der Menschen bedarf. Immer mehr Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung fordern das Recht auf politische Mitgestaltung und Mitsprache bei Themen, die sie lokal für wichtig und zukunftsweisend halten.

Klar ist: Wenn der Aufbau von Netzwerken und Bürgerbeteiligung von Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung auch mit höherem Unterstützungsbedarf gelingen soll, ist das Angebot der Assistenz sowie Moderation in Beteiligungsprozessen notwendig. Die neue Publikation des CBP: „Am Leben in der Gemeinde teilhaben“ zeichnet einen Weg der Caritas als Solidaritätsstifter und den gemeinsamen Weg des Empowerments für Menschen mit und ohne Behinderung auf. Zu bestellen unter: www.cbp.caritas.de/74034.asp



Erhardt, Klaudia; Grüber, Katrin: Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune. Freiburg : Lambertus-Verlag, 2011, 148 S., 16,80 Euro, ISBN 978-3-7841-2053-9



Das Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft hat die Ergebnisse einer vom DCV in Auftrag gegebenen Studie veröffentlicht. Hier wird der Frage nachgegangen, welche Möglichkeiten es gibt, die Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune wirksam zu fördern. An neun ausgewählten Beispielen wird deutlich, wie Projekte ausgerichtet sind, die zu „richtig verstandener Teil-

habe“ im Sinne des hier entwickelten Teilhabekonzepts führen, aber auch, wodurch Projekte in Gefahr geraten, im Modell entmündigender Fürsorge steckenzubleiben. Es geht dabei nicht um Ausflüge in die „normale“ Lebenswelt, sondern um eine Vermischung der Lebenswelten von Menschen mit und ohne geistige Behinderung.

Diözesan-Caritasverband Augsburg (Hrsg.): In Würde. Bis zuletzt. Handbuch zur hospizlichen und palliativen Begleitung und Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung. Augsburg, 2011, 19,80 Euro.

Das Praxishandbuch ist das Ergebnis eines zweijährigen Projekts, mit dem der Diözesan-Caritasverband Augsburg, gefördert durch die Aktion Mensch, die besonderen Bedarfe und Wünsche von Menschen mit geistiger Behinderung in der letzten Lebensphase untersucht hat. Es schildert – basierend auf einer wissenschaftlichen Untersuchung – die derzeitige Versorgungssituation, gibt an den Erfordernissen der Praxis ausgerichtete Tipps und bietet Vorlagen (auf einer beiliegenden Material-CD) zur Übernahme in die eigene Arbeit an. Das Handbuch bezieht sowohl die Wünsche und Meinungen von Menschen mit geistiger Behinderung und deren Angehörigen als auch die Erfahrungen und Kompetenzen von Mitarbeiter(inne)n aus den unterschiedlichsten Fach- und Aufgabengebieten mit ein. Mit

dem Handbuch und dem Projekt ist dem Diözesan-Caritasverband Augsburg ein wichtiger Pionierbeitrag zu einem verdrängten und dabei so wichtigen Thema gelungen. Das Handbuch ist für 19,80 Euro (Sonderkonditionen ab zehn Exemplare) per E-Mail bestellbar: a.marquard@caritas-augsburg.de

Neu aus dem BMAS: Informationen für behinderte Menschen und zu Lebenslagen in Deutschland

Das BMAS hat zwei neue Publikationen zu den Themen Informationen für behinderte Menschen und Lebenslagen in Deutschland veröffentlicht: erstens eine CD-ROM, die mehrere Broschüren mit Informationen für behinderte Menschen beinhaltet. Zweitens gibt das BMAS eine Publikation zum Forschungsprojekt Lebenslagen in Deutschland – Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung heraus, in der die These einer „schrumpfenden Mittelschicht“ in Deutschland geprüft wird. Bestellbar unter www.bmas.de

NACHGEDACHT



Dr. Thorsten Hinz

Geschäftsführer
des CBP
E-Mail: cbp@caritas.de

Der Staatenbericht ist enttäuschend

Der erste Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung der Behinderten-

rechtskonvention (BRK) liegt vor. Viele Behindertenhilfe- und Selbsthilfeverbände hat der Bericht ernüchtert. Bereits im Anhörungsverfahren hatten die Verbände viel Kritik, aber auch Anregungen zu Verbesserungen und Konkretisierungen gegeben. Wenig ist davon in der Schlussfassung aufgenommen worden. Der Staatenbericht ist in weiten Teilen eine Wiedergabeliste der aktuellen Rechtslage. Folgerichtig wird argumentiert, die geltende Rechtslage trotz der Ratifizierung der BRK nicht antasten zu müssen. Immer wieder wird betont, dass die Ziele der deutschen Behindertenpolitik und der gesetzlichen Regelungen (siehe SGB IX und SGB XII) bereits den Zielen der BRK entsprechen. Umso wichtiger wäre es gewesen, zu einzelnen Berichtspunkten Aussagen über die Folgen der aktuellen Rechtslage zu machen und dabei die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderung in den Blick zu nehmen. Der Staatenbericht bietet entsprechend wenig Selbstkritik und deutet kaum Wege an, wie sich Lebenswirklichkeiten verbessern ließen, wie sich Angebote weiterentwickeln müssten. Er steht damit in einer Linie mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der BRK (NAP), der am 15. Juni 2011 vom Bundeskabinett verabschiedet worden ist. In beiden Dokumenten,

sowohl im Staatenbericht als auch im Nationalen Aktionsplan, werden Menschen mit hohem und komplexem Hilfebedarf selten explizit angesprochen. Als CBP gehen wir davon aus, dass diese Gruppe aber immer mitgemeint ist. Konkretisierungen wären gerade hier wichtig gewesen, da die Herausforderungen sehr hoch sind. Klaus Dörner spricht folgerichtig davon, „dass Inklusion bei den so genannten hoffnungslosen Fällen beginnen muss“.

In den Einrichtungen und Diensten des CBP gibt es keine hoffnungslosen Fälle. Die Menschen, die dort Assistenz in Anspruch nehmen, stehen mit ihrer Individualität im Mittelpunkt. Angebote werden stetig unter der Caritas-Leitidee der selbstbestimmten Teilhabe weiterentwickelt. Manche kreativen Vorschläge geraten leider häufig dort an Grenzen, wo die Kostenträgerseite Stopp sagen muss. Die Politik ist gefordert, die größer werdende Kluft zwischen menschenrechtlichen Ansprüchen und knappen sozialstaatlichen Mitteln zu schließen. Gerade Menschen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen brauchen eine verlässliche Lebenswirklichkeit. Ich schließe mit der Hoffnung, dass die künftigen Fortschreibungen des Staatenberichts wie auch des Nationalen Aktionsplanes die konkreten Erwartungen an eine nachhaltige und menschenwürdige selbstbestimmte Teilhabe aufgreifen werden. Der CBP wird sich dafür stark machen.

Ihr Thorsten Hinz